

Bördeland-Kurier

Amtsblatt der Gemeinde Bördeland mit den Ortsteilen

Biere **Eggersdorf** **Eickendorf**
Großmühligen **Kleinmühligen** **Welsleben** **Zens**

Jahrgang 2019

Nr.08

05.07.2019

Das Amtsblatt der Gemeinde Bördeland „Bördeland - Kurier“ ist digital über die Internetseite: www.gem-boerdeland.de herunterzuladen und einzusehen.

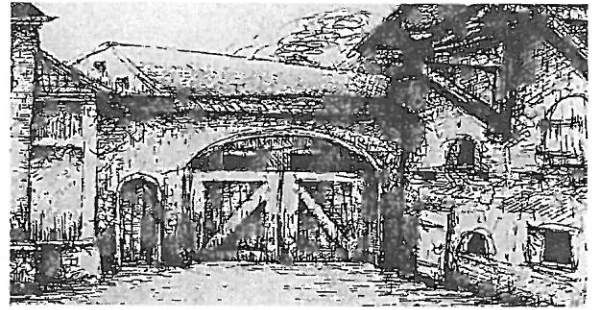
Weiterhin ist der „Bördeland - Kurier“ an folgenden Auslagestellen in den einzelnen Ortsteilen der Gemeinde Bördeland erhältlich:

OT Biere, Verwaltungsgebäude, Magdeburger Str. 3
OT Eggersdorf, Frischemarkt Bethge, Tränkestraße 6
OT Eickendorf, Einkaufsmarkt Duphorn & Franke, Glöther Str. 1
OT Großmühligen, Lebensmittelmarkt M. Padberg, Am Anger 10
OT Kleinmühligen, Frischemarkt Bethge, Kirchstraße 11
OT Welsleben, Bäckerei Stamm, Lindenstraße 31
OT Zens, Kindertagesstätte „Bördegeißlein“, Bördestraße 7

Ein dauerhafter Bezug im Rahmen eines Abonnements ist gegen Erstattung der Versandkosten möglich.

Inhaltsverzeichnis

Seite 3	Information des Einwohnermeldeamtes
Seite 3	Sitzung der Gemeinde Bördeland vom 13.06.2019
Seite 4	Sitzung der Gemeinde Bördeland vom 02.07.2019
Seite 8	Geschäftsordnung der Gemeinde Bördeland für den Gemeinderat, seine Ausschüsse und die Ortschaftsräte
Seite 20	Bekanntmachung zur Hauptsatzung der Gemeinde Bördeland
Seite 22	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Bördeland für das Haushaltsjahr 2019
Seite 24	Bekanntmachung Höchstspannungsleitung Wolmirstedt-Isar, SuedOstLink
Seite 25	Information des Ordnungsamtes



I
N
F
O
R
M
A
T
I
O
N
E
N

D
E
R

G
E
M
E
I
N
D
E

Anschriften, Öffnungs - und Sprechzeiten, Telefonnummern

Postanschrift der Gemeinde:

Gemeinde Bördeland
OT Biere, Magdeburger Str. 3, 39221 Bördeland
☎ 039297 / 260 Fax. 039297 / 26113
e-mail: buergerbuero@gem-boerdeland.de
Internetanschrift: www.gem-boerdeland.de

Sprechzeiten der Verwaltung der Gemeinde Bördeland

Dienstag 09.00 - 12.00 / 13.00 - 17:30 Uhr
Donnerstag 09.00 - 12.00 / 13.00 - 16.30 Uhr
oder nach Vereinbarung!

Öffnungszeiten der Meldestelle/ Standesamt/ Gewerbeamt

Die 09.00 - 12.00 / 13.00 - 17:30 Uhr
Do 09.00 - 12.00 / 13.00 - 16:30 Uhr
(Außerhalb dieser Öffnungszeiten kann eine Bearbeitung
nur mit Terminvereinbarung gewährleistet werden. Es wird
um Beachtung gebeten !)

Sprechzeiten der Regionalbereichsbeamten

jeden Dienstag von 16.30 - 17.30 Uhr

Öffnungszeiten der Schiedsstelle

Jeden 1. Dienstag im Monat von
15.30 - 17.00 Uhr in der Gemeinde Bördeland, OT Biere

*Informationen zur Schiedsstelle sind auf der Internetseite der
Gemeinde Bördeland unter: www.gem-boerdeland.de
- Rubrik Bürgerservice erhältlich.*

Sprechzeiten der Ortsbürgermeister

OT Biere

jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
von 16.00 - 18.00 Uhr

OT Eggersdorf

jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
17.30 - 18.30 Uhr

OT Eickendorf

Montag
17.00 - 18.30 Uhr

OT Großmühlingen

jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
Von 18.00 - 19.00 Uhr in der Gnadauer Straße 8

OT Kleinmühlingen

jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
Von 18.30 - 19.30 Uhr

OT Welsleben

nach Absprache - Tel. 039296/21052

OT Zens

jeden 2. und 4. Dienstag im Monat
Von 19.30 - 20.00 Uhr (Grüne Ecke)

Weitere wichtige Telefonnummern

Polizei	110
Feuerwehr	112
Leitstelle des Salzlandkreises	03925/299040
Krankentransport	03925/299040
Polizeirevier Schönebeck	03928/466191
Wasserversorgungszweckverband (in Calbe/Saale, Feldstr. 1 a)	
- Bereich Kundenservice	0800 0796 796
- Bereich Technik	039291/78872 o. 73
- Bereitschaftsdienst	0391/5872244
Störung/Straßenbeleuchtung Avacon AG	08000282266
Bereitschaftsdienste:	
- Gemeinde Bördeland	0162/1005292
- Klaranlage Bereitschaft	0173/6277128
- Kanalnetz Bereitschaft	0173/6277131
- e.on Avacon	0800 0282266
- EMS Schönebeck	03928/789355
- Gasversorgung - Notruf	0800 4434430
- Tierärzte Leitstelle	03925/299040
Sozialpädagogische Familienhilfe der AWO	03928/702010
Kummertelefon für Kinder	0391/7391808
Giftinformationszentrum	0361/730730
Ökumenische Telefonseelsorge	08001110111 08001110222
Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle	0391/5461255

Gemeinde Bördeland

Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde

Hinweis: Sollten an dieser Stelle Beschlüsse nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht sein, so können diese in der vollständigen Fassung, soweit dies rechtlich zulässig ist, in der Gemeinde Bördeland, OT Biere, Magdeburger Straße 3 in 39221 Bördeland, eingesehen werden.
Um Beachtung wird gebeten!

Die nachfolgend aufgeführten amtlichen Bekanntmachungen gelten für den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Bördeland mit den Ortsteilen Biere, Eggersdorf, Eickendorf, Großmühlingen, Kleinmühlingen, Welsleben und Zens.

Um Beachtung wird gebeten!

**Das Einwohnermeldeamt der Gemeinde
Bördeland hat am 23.07.2019
erst ab 13:00 Uhr geöffnet.
Wir bitten um Beachtung!**

Sitzungen der Gemeinde Bördeland

Bekanntmachung der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland vom 13.06.2019

Beschluss 01 - 04 / 2019 – Bestätigung der Annahme und Verwendung von Spendengeldern für die Gemeinde Bördeland

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 99 Abs.6 des Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Artikel 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 17.06.2014 (GVBl. S.288) in Verbindung mit der Hauptsatzung der Gemeinde Bördeland vom 25.07.2018 veröffentlicht im Bördelandkurier Nr. 07 vom 24.08.2018 in den derzeit geltenden Fassungen bestätigt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland, die Annahme der Spende der Salzlandsparkasse vom 11.12.2018 in Höhe von 800,00 € für die Grundschule „Juri Gagarin“ OT Welsleben für den Kauf von Spielgeräten für die aktive Pausengestaltung.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 02 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 07 Estricharbeiten und Abdichtung Bodenplatte (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 03 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 19 Sanitär-, Heizungs-, und Lüftungstechnik (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 04 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 20 Gebäudeautomation (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 05 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 21 Erdung- und Blitzschutzanlage (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 06 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 22 Photovoltaikanlage (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 07 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 01.1 Rohbau, Innenputz und Abdichtung Sockel (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschluss 08 – 04 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 23 Stark- und Schwachstromtechnik (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Bekanntmachung der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland vom 02.07.2019

Beschluss 01 – 01 / 2019 – Wahl der/ des Vorsitzenden des Gemeinderates und der Stellvertreter

Beschluss:

Gemäß § 36 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit gültigen Fassung, wählt der Gemeinderat

zum Vorsitzenden: Marco Schmoldt

zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden: Herrn Thomas Thamm

zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden: Herrn Ekkehard Horrmann

des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 02 – 01 / 2019 – Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat und Ortschaftsräte vom 26.05.2019

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland trifft nach § 51 Abs. 1 Ziffer 1 und § 52 Abs. 1 Ziffer 1 Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.02.2004 (GVBl. LSA S. 290) in der derzeit gültigen Fassung folgende Wahlprüfungsentscheidung:

Einwendungen gegen die Wahl des Gemeinderates und der Ortschaftsräte vom 26.05.2019 liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 03 – 01 / 2019 – Geschäftsordnung der Gemeinde Bördeland

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland beschließt gemäß § 59 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt i.V.m. § 45 Abs. 2 Nr. 2 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt (KVG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit gültigen Fassung, die in der Anlage befindliche Geschäftsordnung.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 04 – 01 / 2019 – Hauptsatzung der Gemeinde Bördeland

Beschluss:

Aufgrund des § 10 i.V.m. §§8 und 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit gültigen Fassung, beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland die in der Anlage befindliche Hauptsatzung.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 05 – 01 / 2019 – Benennung eines Stellvertreters des Gemeinderates für die Vertretung in der Gesellschafterversammlung der EMS, Avacon, KOWISA, BQI

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland bestätigt die Benennung von

Herrn Ronald Funke

als Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Bördeland in den Gesellschafterversammlungen, der

- Erdgas Mittelsachsen GmbH (EMS)
- AVACON
- KOWISA
- BQI

auf der Grundlage des § 131 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG).

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 06 – 01 / 2019 – Benennung eines Stellvertreters im Bibliotheksverein im Salzlandkreis e.V.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland benennt auf der Grundlage der Satzung des „Bibliotheksvereines im Salzlandkreis e.V.“ § 5 Abs. 2

als Stellvertreter Herrn Dr. Horst Lewy

für die Vertretung des Bürgermeisters im Bibliotheksverein im Salzlandkreis e.V.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 07 – 01 / 2019 – Wahl eines Vertreters und Stellvertreters in die Verbandsversammlung des Wasserversorgungszweckverbandes

Beschluss:

Gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) i.V.m. § 56 Abs. 3 und 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), in der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl LSA S. 288) in den derzeit gültigen Fassungen, wählt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland

zum Vertreter

Herrn Bernd Nimmich

zum Stellvertreter

Herrn Thomas Thamm

in die Verbandsversammlung des Wasserversorgungszweckverbandes.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 08 – 01 / 2014 – Wahl der Vertreter und Stellvertreter des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland für die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Saalemündung“

Beschluss:

Gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) i.V.m. § 56 Abs. 3 und 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl LSA S.288) in den derzeit gültigen Fassungen, wählt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland

zum Vertreter

1. Herrn Bernd Nimmich
2. Herrn Peter Buchwald
3. Herrn Dr. Horst Lewy
4. Frau Gisela Schröder

zum Stellvertreter

- Herrn Dr. Frank Ahrend
- Frau Ute Möbius
- Frau Susanne Brehmer
- Herrn Dietrich Horrmann

für die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Saalemündung“ und bestimmt gemäß § 11 Abs. 4 GKG LSA

als Stimmführer Herrn Bernd Nimmich

als Stellvertreter Herrn Peter Buchwald

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 09 - 01 / 2019 – Übernahme Rechte- und Pflichten aus dem Bewilligungsbescheid zum „Umbau ehem. Schulgebäude „Rote Schule-Pfarrwittum“, Krummestr.15 OT Welsleben, 39221 Bördeland

Beschluss:

Gemäß § 45 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBL LSA S.288 in der derzeit gültigen Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland die Rechte und Pflichten aus dem Bewilligungsbescheid „Umbau ehem. Schulgebäude „Rote Schule-Pfarrwittum“, Krummestr.15 OT Welsleben, 39221 Bördeland zur Geschichts-Begegnungsstätte „Welsleben Gestern- Heute“ aus der Leader-Förderung „RELE FP-6314“ bei Insolvenz oder Auflösung des Kultur- und Heimatvereins Welsleben 1996 e.V. zu übernehmen.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 10 – 01 / 2019 – Vertreter Verbandsversammlung Unterhaltungsverband ELBAUE

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 45 Abs.1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes v. 17.06.2014 (GVBL LSA S. 288) i. V. m. § 54 Abs.3 Satz 2 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA) v.16.03.2011(GVBL LSA S.492) in den derzeit gültigen Fassungen, beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland als Vertreter in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes ELBAUE

Herrn Dr. Horst Lewy

und als Stellvertreter für den Verhinderungsfall Herrn Bernd Nimmich zu entsenden.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss 11 – 01 / 2019 – Vertreter Verbandsversammlung Unterhaltungsverband UNTERE BODE

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 45 Abs.1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes v. 17.06.2014 (GVBL LSA S. 288) i. V. m. § 54 Abs.3 Satz 2 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA) v.16.03.2011(GVBL LSA S.492) in den derzeit gültigen Fassungen, beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland als Vertreter in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes UNTERE BODE

Frau Ute Möbius

und als Stellvertreter für den Verhinderungsfall Herrn Bernd Nimmich zu entsenden.

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorlage 12 - 01 / 2019 – Vergabe von Leistungen zum Leistungsbild Sicherheits- u. Gesundheitskoordination SIGEKO zum Bauvorhaben „Sanierung und Umbau der Grundschule im OT Welsleben“ (NÖ)

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschlussvorlage 13 - 01 / 2019– Vergabe von Bauleistungen im Rahmen Sanierung und Umbau der Grundschule „J. Gagarin“ im OT Welsleben (STARK III)
Los 24 Aufzugsanlage (NÖ)**

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorlage 14 - 01 / 2019 – Bestätigung der Sitzverteilung und Besetzung des Haushaltsausschusses der Gemeinde

Beschluss:

Der Gemeinderat bestätigt gem. § 47 Abs.3 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG-LSA) in der Bekanntmachung des Art. 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl S.288) in der derzeit gültigen Fassung die Sitzverteilung und Besetzung des Haushaltsausschusses der Gemeinde Bördeland.

Die Berechnung der auf die Fraktionen entfallenen Sitze erfolgt gem. § 47 Abs.1 KVG LSA.

Danach erhält die:

- | | |
|---|---------|
| - CDU | 3 Sitze |
| - SPD/FDP | 2 Sitze |
| - BI Welsleben/ FWG Biere/ Die Grünen/ PRO Eggersdorf | 3 Sitze |

Folgende Mitglieder des Gemeinderates wurden von den Fraktionen für die Besetzung benannt

CDU	SPD/FDP	BI Welsleben/ FWG Biere/ DIE GRÜNEN/ PRO Eggersdorf
Dr. F. Ahrend U. Möbius P. Buchwald	S. Brehmer M. Schmoltdt	E. Horrmann G. Schröder S. David

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

Geschäftsordnung der Gemeinde Bördeland für den Gemeinderat, seine Ausschüsse und die Ortschaftsräte

Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland hat gemäß § 59 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt (KVG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Artikel 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), in der derzeit gültigen Fassung, in seiner öffentlichen Sitzung am 02.07.2019 die nachfolgende Geschäftsordnung für den Gemeinderat, seine Ausschüsse und die Ortschaftsräte beschlossen:

I. Abschnitt : Sitzungen des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland

§ 1 Einberufung, Einladung, Teilnahme

- (1) Der Vorsitzende des Gemeinderates beruft den Gemeinderat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister schriftlich oder elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung und Angabe von

Ort und Zeit die Sitzung ein. Mitglieder des Gemeinderates, die an der digitalen Ratsarbeit gem. § 2 Abs. 2 a teilnehmen, erhalten ihr Sitzungsunterlagen regelmäßig in digitaler Form. Sie werden per E- Mail an die für sie hinterlegte Adresse spätestens bis zum Tag vor dem Beginn der Mindest-Ladungsfrist nach Abs. 4 informiert, dass die Einladung sowie die dazugehörigen Unterlagen im Ratsinformationssystem bereitgestellt wurden. Damit gelten die Einladung und die Unterlagen als zugegangen.

- (2) Der Einladung sind die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen grundsätzlich beizufügen. Zu den erforderlichen Unterlagen der Verhandlungsgegenstände der Tagesordnung, die einen Beschluss des Gemeinderates erfordern, ist ein Beschlussvorschlag in Form einer schriftlichen Vorlage mit Begründung beizufügen, aus dem auch – soweit möglich – die Beschlussempfehlungen der beteiligten Ausschüsse, sowie das Ergebnis der Anhörung der Ortschaftsräte ersichtlich sind. Bei Anträgen der Ortschaftsräte nach § 84 Abs. 1 KVG-LSA, einem Viertel der Mitglieder des Gemeinderates oder einer Fraktion gemäß § 53 Abs. 5 KVG-LSA als Beschlussvorlage ist eine Stellungnahme des Bürgermeisters beizufügen. Liegen besondere Gründe vor, dann kann die Begründung oder die Stellungnahme des Bürgermeisters ausnahmsweise nachgereicht werden.
- (3) Der Gemeinderat ist einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert. Der Gemeinderat ist unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Viertel seiner Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt oder sofern die letzte Sitzung länger als 3 Monate zurückliegt und ein Mitglied des Gemeinderates die Einberufung unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt. Der Antrag auf unverzügliche Einberufung des Gemeinderates nach Satz 2 ist schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen.
- (4) Die Einladung hat so rechtzeitig wie möglich zu erfolgen, mindestens jedoch unter Einhaltung einer Frist von einer Woche vor der Sitzung. Dies gilt nicht, wenn eine Sitzung des Gemeinderates aus zeitlichen Gründen abgebrochen werden muss (§ 16 Abs. 5). In diesem Fall kann die Sitzung zur Erledigung der restlichen Tagesordnung an einem der nächsten Tage fortgesetzt werden. Eine erneute schriftliche Ladung sowie die Einhaltung einer Frist sind nicht erforderlich. Die in der Sitzung nicht anwesenden Gemeinderäte sind von dem neuen Termin unverzüglich zu unterrichten.
- (5) In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden (Notfall), kann der Gemeinderat vom Vorsitzenden ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden. Ein Notfall ist gegeben, wenn die Beratung und Entscheidung über die Angelegenheit nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne dass nicht zu beseitigende Nachteile entstehen.
- (6) Wer nicht oder nicht rechtzeitig an einer Sitzung teilnehmen kann oder die Sitzung vorzeitig verlassen muss, zeigt dies dem Vorsitzenden des Gemeinderates an.
- (7) Zeit, Ort und Tagesordnung sind mindestens am 3. Tag vor der Sitzung in der nach der Hauptsatzung in § 16 Abs. 2 vorgeschriebenen Form bekanntzumachen.

§ 2 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien

- (1) Der Verschwiegenheitspflicht nach § 32 Abs. 2 KVG LSA unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente, insbesondere Sitzungsunterlagen, sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. Im Umgang mit solchen Dokumenten sind die Geheimhaltungsinteressen und der Datenschutz zu beachten. Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Mitglied des Gemeinderates nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen. Die Mitglieder des Gemeinderates, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können dem Bürgermeister schriftlich

eine elektronische Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des § 53 KVG LSA und von der Anträge und Anfragen im Sinne des § 43 Abs. 3 KVG LSA versandt werden.

- (2a) Die Gemeinde betreibt als Grundlage für digitale Ratsarbeit ein internetbasiertes elektronisches Ratsinformationssystem. An der digitalen Ratsarbeit kann jedes Mitglied des Gemeinderates durch verbindliche schriftliche Erklärung gegenüber dem Bürgermeister teilnehmen. Diese Erklärung gilt für die gesamte laufende Wahlperiode des Gemeinderates. Das Nähere regelt die Richtlinie über die digitale Ratsarbeit.
- (2) Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzung darf nur erfolgen, soweit durch sie eine aktive Sitzungsteilnahme nicht gefährdet und der Sitzungsverlauf nicht gestört wird. Für die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen durch Mitglieder des Gemeinderates gilt § 4 Abs. 3 entsprechend.

§ 3 Tagesordnung

- (1) Der Vorsitzende des Gemeinderates stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit dem Bürgermeister auf. Die Tagesordnung gliedert sich in einen öffentlichen und bei Bedarf in einen nichtöffentlichen Teil.
- (2) Anträge zur Tagesordnung können Gemeinderatsmitglieder und Fraktionen bis spätestens 14 Tage vor der Sitzung stellen. Die Anträge sind dem Vorsitzenden schriftlich oder unter der Voraussetzung des § 2 Abs. 2 elektronisch zuzuleiten. Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Gemeinderates oder einer Fraktion ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung zu setzen. Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits verhandelt hat.
- (3) Nach erfolgter Einladung ist die Erweiterung der Tagesordnung um Angelegenheiten, die in öffentlicher Sitzung zu behandeln wären, nicht zulässig. Die Erweiterung der Tagesordnung um eine dringende Angelegenheit, die in nichtöffentlicher Sitzung (§ 5) zu behandeln wäre, ist nur zu Beginn einer nichtöffentlichen Sitzung zulässig, wenn alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind und kein Mitglied widerspricht.
- (4) Der Gemeinderat beschließt zu Beginn der jeweiligen Sitzung über die Feststellung der Tagesordnung und über die öffentliche oder nicht öffentliche Behandlung der Tagesordnungspunkte. Auf Antrag kann über die Absetzung von Angelegenheiten von der Tagesordnung oder die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte mit der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen entschieden werden.
Betrifft ein Antrag eine Angelegenheit, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde fällt, ist der Antrag ohne Sachdebatte durch Beschluss des Gemeinderates von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Einwohner der Gemeinde Bördeland und Gäste haben das Recht, am öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates oder seiner Ausschüsse teilzunehmen.
Sind die für die Zuhörer vorgesehen Plätze besetzt, können weitere Interessenten zurückgewiesen werden. Zuhörer sind nicht berechtigt, in Sitzungen das Wort zu ergreifen oder sich selbst an den Verhandlungen zu beteiligen.
- (2) An den öffentlichen Sitzungen können Vertreter der Presse, des Rundfunks und ähnlichen Medien teilnehmen. Ihnen sind besondere Sitze zuzuweisen. Abs. 1 Sätze 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.
- (3) Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen öffentlicher Sitzungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind zulässig, wenn sie den Sitzungsablauf nicht beeinträchtigen. Sie sind dem Vorsitzenden vorher anzuzeigen.

Der Vorsitzende ist berechtigt, Auflagen die der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung

dienen, zu erteilen, insbesondere die Festlegung des Standortes für die Ton- und Bildaufzeichnungstechnik. Mitglieder des Gemeinderates, Beschäftigte der Verwaltung und Sachverständige können verlangen, dass einzelne eigene Redebeiträge oder Ausführungen nicht aufgezeichnet und übertragen werden.

- (4) Unter den in Abs. 3 genannten Voraussetzungen sind auch durch den Gemeinderat und die Ausschüsse veranlasste Ton- und Bildschirmübertragungen und Aufzeichnungen öffentlicher Sitzungen zulässig. Die Ton- und Bildträger sind dem Gemeindearchiv zur Übernahme in das kommunale Archivgut zu übergeben.

§ 5 Ausschluss der Öffentlichkeit

- (1) Der Vorsitzende des Gemeinderates muss die Öffentlichkeit ausschließen, wenn das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner dies erfordern. Wegen ihres vertraulichen Charakters werden insbesondere in nichtöffentlicher Sitzung behandelt:
- a) Personalangelegenheiten
 - b) Ausübung des Vorkaufsrechts
 - c) Grundstücksangelegenheiten
 - d) Vergabeentscheidungen
- (2) Durch Beschluss des Gemeinderates ist im Rahmen des § 52 Abs. 2 KVG LSA über den Ausschluss der Öffentlichkeit von einzelnen Tagesordnungspunkten zu entscheiden.
- (3) Die Mitglieder des Ortschaftsrates haben das Recht, auch an nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse als Zuschauer teilzunehmen, soweit Belange der Ortschaft berührt sind.
- (4) Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung sowohl des Gemeinderates, seiner Ausschüsse und der Ortschaftsräte behandelt werden, sind so bekannt zu geben, dass der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird. Die Beschlüsse sind in der darauffolgenden Sitzung des Gemeinderates im Bericht des Bürgermeisters bekanntzugeben.
- (5) An nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates nehmen als Vertreter der Gemeindeverwaltung grundsätzlich teil :
- a) alle Amtsleiter
 - b) Schriftführer /in
- Die Teilnahme weiterer Bediensteter der Gemeindeverwaltung ist grundsätzlich zulässig, wenn dies der Bürgermeister für erforderlich hält. Der Vorsitzende des Gemeinderates ist vor der Sitzung entsprechend zu informieren.

§ 6 Sitzungsleitung

- (1) Der Vorsitzende leitet die Sitzung unparteiisch, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht während der Sitzungen des Gemeinderates aus. Er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung und Beschlussfassung. Will er selbst zur Sache sprechen, so hat er den Vorsitz an seinen Stellvertreter für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung des Verhandlungsgegenstandes abzugeben.
- (2) Sind der Vorsitzende und seine Stellvertreter verhindert, so wählt der Gemeinderat unter Vorsitz des an Jahren ältesten anwesenden Mitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.

§ 7 Sitzungsverlauf

- (1) Die Sitzungen des Gemeinderates sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsmäßigen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen Teils
 2. Einwohnerfragestunde
 3. Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am
 4. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse der Gemeinde Bördeland
 5. Abhandlung der Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil
 6. Anfragen und Anregungen von Mitgliedern des Gemeinderates
 7. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung
Nichtöffentlicher Teil
 8. Feststellen der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils
 9. Abstimmung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung am.....
 10. Abhandlung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil
 11. Informationen der Verwaltung
 12. Anfragen und Anregungen
 13. Schließung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- (1) Die einzelnen Punkte der Tagesordnung kommen in der dort festgelegten Reihenfolge zur Beratung und Abstimmung. § 3 Abs. 4 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 8 Einwohnerfragestunden

- (1) Der Gemeinderat sowie seine beschließenden Ausschüsse führen im Rahmen ordentlicher öffentlicher Sitzungen eine Einwohnerfragestunde durch. Beratende Ausschüsse können im Rahmen ordentlicher öffentlicher Sitzungen eine Einwohnerfragestunde durchführen.
- (2) Der Vorsitzende des Gemeinderates bzw. des Ausschusses legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde fest.
- (3) Der Vorsitzende des Gemeinderates bzw. des Ausschusses stellt den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt werden.
- (4) Jeder Einwohner ist berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Gemeinde ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Gemeinde auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c der Datenschutz- Grundverordnung und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In die Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen.
- (5) Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Bürgermeister oder den Vorsitzenden des Gemeinderates bzw. des Ausschusses. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung einer Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Einwohner eine schriftliche Antwort, die innerhalb eines Monats zu erteilen ist.

§ 9 Anregungen und Beschwerden

Die Einwohner der Gemeinde haben das Recht, sich schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden an den Gemeinderat zu wenden. Antragsteller sollten über die Stellungnahme des Gemeinderates möglichst innerhalb von sechs Wochen schriftlich unterrichtet

werden. Bei Dringlichkeit soll ein Zwischenbescheid innerhalb von zwei Wochen gegeben werden.

§ 10 Anfragen

- (1) Jedes Mitglied des Gemeinderates ist berechtigt, Anfragen während der Einwohnerfragestunde oder unter Punkt 6 und 12 des § 7 in der Sitzung des Gemeinderates an den Bürgermeister zu stellen.
- (2) Umfangreichere Fragestellungen sind schriftlich innerhalb von drei Tagen nachzureichen oder zur Niederschrift dem Niederschriftführer zu übergeben.
- (3) Wenn eine Anfrage nicht sofort beantwortet werden kann, so ist diese spätestens innerhalb von sechs Wochen schriftlich zu beantworten.
- (4) Mindestens zwei der Mitglieder des Gemeinderates oder einer Fraktion können in allen Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung verlangen, dass der Bürgermeister den Gemeinderat unterrichtet. Auf Antrag der in Satz 1 bezeichneten Mehrheiten ist dem Gemeinderat oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht zu gewähren. Die Antragsteller müssen in dem Ausschuss vertreten sein. Der Gemeinderat kann beschließen, dass ihm hierüber berichtet wird. Der Bericht ist schriftlich vorzulegen. Zur Beschleunigung des Verfahrens kann der Bericht auf Beschluss des Gemeinderates mündlich erteilt werden.

§ 11 Beratung der Sitzungsgegenstände

- (1) Nach den Erläuterungen und Begründungen des Bürgermeisters oder eines von ihm beauftragten Vertreters der Gemeinde Bördeland zu den Gegenständen der Tagesordnung, gegebenenfalls nach Vortrag der Sachverständigen oder eines Ortsbürgermeisters, soweit die Belange dieser Ortschaft berührt sind, eröffnet der Vorsitzende die Beratung zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt.
- (2) Betrifft ein Gegenstand der Tagesordnung die Angelegenheit einer Ortschaft, soll vor der Eröffnung der Beratung der Ortsbürgermeister dieser Ortschaft oder sein Vertreter hierzu gehört werden.
- (3) Ein Mitglied des Gemeinderates, das gemäß § 33 KVG LSA an einer Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen darf, hat dies dem Vorsitzenden des Gemeinderates unaufgefordert mitzuteilen und den Beratungsraum zu verlassen. Bei einer öffentlichen Sitzung ist er berechtigt, sich in dem für Zuhörer bestimmten Teil des Beratungsraumes aufzuhalten.
- (4) Ein Mitglied des Gemeinderates darf in der Sitzung nur dann sprechen, wenn ihm der Vorsitzende das Wort erteilt. Das Wort kann wiederholt erteilt werden. Der Vorsitzende des Gemeinderates erteilt das Wort möglichst in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Der Bürgermeister hat das Recht, im Gemeinderat zu allen Angelegenheiten zu sprechen. Er kann Sachverhalte durch eine von ihm beauftragten Vertreter der Gemeinde Bördeland erläutern lassen. Bei Wortmeldungen zur "Geschäftsordnung" ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen.
- (5) Die Redner sprechen grundsätzlich von ihrem Platz aus. Die Anrede ist an die Mitglieder des Gemeinderates zu richten. Die Redner haben sich an den zur Beratung stehenden Antrag zu halten und nicht vom Thema abzuweichen. Die Redezeit eines Mitgliedes oder der Mitglieder des Gemeinderates kann vom Gemeinderat festgelegt werden und sollte in der Regel nicht länger als fünf Minuten betragen.
- (6) Während der Beratung sind nur zulässig:
 - a) Zusatz- und Änderungsanträge gemäß § 12
 - b) Anträge zur Geschäftsordnung § 13

- (7) Der Gleichstellungsbeauftragten ist auf Verlangen, und soweit Aufgaben ihres Geschäftsbereiches betroffen sind, in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort zu erteilen.
- (8) Den Vertretungsberechtigten von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren ist zu Beginn der Beratung des Einwohnerantrages bzw. des Bürgerbegehrens Gelegenheit zu geben, ihr Anliegen zu erläutern. Ihr Wortbeitrag soll sich auf 10 Minuten beschränken. In einer anschließenden Beratung kann ihnen vom Vorsitzenden das Wort erteilt werden.
- (9) Der Vorsitzende des Gemeinderates und der Antragsteller haben das Recht zur Schlussäußerung. Die Beratung der Tagesordnung wird vom Vorsitzenden des Gemeinderates geschlossen.

§ 12 Sachanträge

- (1) Änderungs- und Zusatzanträge können bis zur Abstimmung gestellt werden. Mündlich gestellte Anträge sind dem Vorsitzenden auch schriftlich vorzulegen. Hält der Vorsitzende einen Antrag für unzulässig, so hat er vorab über die Zulässigkeit abstimmen zu lassen.
- (2) Außerhalb der Sitzung können Anträge beim Vorsitzenden des Gemeinderates oder Bürgermeister schriftlich, unter der Voraussetzung des § 2 Abs. 2 elektronisch oder zur Niederschrift eingereicht werden. Diese Anträge sollen den Gemeinderäten zur Sitzung als Tischvorlage vorliegen, sofern sie nicht in die Vorlage eingearbeitet wurden.
- (3) Anträge können, solange darüber noch nicht abgestimmt wurde, zurückgenommen werden. Ein zurückgenommener Antrag kann von einem anderen Mitglied des Gemeinderates aufgenommen werden mit der Wirkung, dass über den aufgenommenen anstelle des zurückgenommenen Antrages abgestimmt wird.

§ 13 Geschäftsordnungsanträge

- (1) Folgende Anträge im Sinne dieser Geschäftsordnung können jederzeit gestellt werden:
 - a. Schluss der Aussprache zu einzelnen Tagesordnungspunkten,
 - b. Schluss der Rednerliste,
 - c. Verweisung eines Tagesordnungspunktes zur weiteren Beratung an einen Ausschuss oder an den Bürgermeister,
 - d. Absetzung oder Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
 - e. Festsetzung sowie Verlängerung und Verkürzung der Redezeit,
 - f. Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - g. Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 - h. Rücknahme von Anträgen,
 - i. Anhörung von Personen, insbesondere von Sachverständigen,
 - j. Feststellung des Mitwirkungsverbot eines Gemeinderatsmitgliedes,
 - k. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates im Verlauf der Sitzung,
 - l. Antrag auf namentliche Abstimmung.
- (2) Über diese Anträge zur Geschäftsordnung nach Abs. 1 entscheidet der Gemeinderat vor der Beschlussfassung zum Verhandlungsgegenstand.
- (3) Meldet sich ein Mitglied des Gemeinderates „zur Geschäftsordnung“ durch Aufheben beider Hände, so muss ihm das Wort außerhalb der Reihe erteilt werden. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden. Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen nicht länger als 3 Minuten dauern. Sie dürfen sich mit der Sache selbst nicht befassen, sondern nur den Geschäftsordnungsantrag begründen.

§ 14 Abstimmungen

- (1) Nach Schluss der Beratung oder nach Annahme des Antrages auf "Schluss der Rednerliste" lässt der Vorsitzende des Gemeinderates nach den Bestimmungen des § 56 Abs. 2 KVG LSA abstimmen. Während laufender Abstimmung können keine weiteren Anträge gestellt werden.
- (2) Über jeden Antrag oder Beschlussvorschlag ist gesondert abzustimmen.
- (3) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
 - a) Anträge zur Geschäftsordnung,
 - b) Anträge von Ausschüssen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Verhandlungsgegenstand abzustimmen
 - c) weitergehende Anträge; als weitergehend sind solche Anträge anzusehen, die einen größeren Aufwand erfordern oder eine einschneidende Maßnahme zum Gegenstand haben,
 - d) früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter Buchstaben a) und c) fällt.In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende des Gemeinderates. Bei Widerspruch entscheidet der Gemeinderat durch einfache Stimmenmehrheit.
- (4) Vor jeder Abstimmung hat der Vorsitzende des Gemeinderates die Frage, über die abgestimmt werden soll, so zu formulieren, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann.
- (5) Es wird grundsätzlich durch Handzeichen offen abgestimmt. Mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder kann eine namentliche Abstimmung verlangt werden. Jedes Mitglied des Gemeinderates kann verlangen, dass in der Niederschrift vermerkt wird, wie es abgestimmt hat.
- (6) Die Stimmen sind durch den Vorsitzenden des Gemeinderates oder einen von ihm Beauftragten zu zählen. Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung durch den Vorsitzenden bekannt zu geben. Er hat festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.
- (7) Wird das Ergebnis von einem Mitglied des Gemeinderates angezweifelt, so ist die Abstimmung zu wiederholen und das Ergebnis mit der Zahl der Gegenstimmen und Stimmenthaltungen festzuhalten.
- (8) Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit.
- (9) Über Gegenstände einfacher Art kann außerhalb einer Gemeinderatssitzung im Wege der Offenlegung oder im schriftlichen Verfahren beschlossen werden. Ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein stimmberechtigtes Mitglied innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe widerspricht.

§ 15 Wahlen

- (1) Wahlen werden nur in den gesetzlich ausdrücklich genannten Fällen durchgeführt. Sie werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
- (2) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen von Personen werden aus der Mitte des Gemeinderates mehrere Stimmzähler bestimmt.
- (3) Als Stimmzettel sind äußerlich gleiche Zettel zu verwenden. Die Stimmzettel sind so vorzubereiten,

dass jeder Kandidat durch ein Kreuz kenntlich gemacht werden kann. Die farbliche Markierung erfolgt einheitlich, um Rückschlüsse auf die stimmabgebende Person zu vermeiden. Die Stimmzettel sind vor der Abgabe zu falten.

- (4) Ungültig sind Stimmen, sofern der Stimmzettel
- a) nicht als amtlich erkennbar ist,
 - b) leer ist,
 - c) den Willen des Stimmberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
 - d) einen Zusatz, Vorbehalte oder weitere Beschriftungen enthält,
 - e) mehr als eine Stimme für einen Bewerber enthält.
- (5) Die Auszählung der Stimmen hat in Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates zu erfolgen.
- (6) Gewählt ist die Person, die im ersten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Soweit im ersten Wahlgang nur eine Person zur Wahl stand und diese Person die erforderliche Mehrheit nicht erreicht hat, finden die Sätze 2 bis 4 keine Anwendung. Der Vorsitzende gibt das Wahlergebnis unmittelbar nach der Wahl bekannt.
- (7) Sind mehrere Personen zu wählen, können die Wahlen in einem Wahlvorgang durchgeführt werden, indem alle Bewerber auf einem Stimmzettel erfasst werden und je zu besetzende Stelle eine Stimme vergeben werden kann. Gewählt sind die Bewerber in der Reihenfolge der Zahl, der für sie abgegebenen gültigen Stimmen, wenn zugleich die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erreicht ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht.

§ 16 Unterbrechung, Verweisung und Vertagung

- (1) Der Vorsitzende des Gemeinderates kann die Sitzung unterbrechen. Er hat die Sitzung zu unterbrechen, wenn auf Antrag eines Mitgliedes des Gemeinderates ein entsprechender Beschluss von mehr als der Hälfte der anwesenden Mitglieder gefasst wird. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (2) Der Gemeinderat kann,
- a) Tagesordnungspunkte zur nochmaligen Beratung zurückverweisen,
 - b) Tagesordnungspunkte zur erneuten Vorbereitung an den Bürgermeister zurückverweisen,
 - c) die Beratung über einzelne Punkte der Tagesordnung vertagen oder
 - d) die Tagesordnungspunkte durch eine Entscheidung in der Sache abschließen.
- (3) Über entsprechende Anträge ist sofort abzustimmen. Der Schlussantrag geht bei der Abstimmung dem Verweisungs-, und dieser dem Vertagungsantrag vor.
- (4) Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs-, einen Vertagungs- oder einen Schlussantrag stellen.
- (5) Nach 22.00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Danach ist die Sitzung zu schließen. Sofern das Verfahren nach § 1 Abs. 4 S. 1 - 3 nicht zur Anwendung kommt, sind die restlichen Punkte in der nächstfolgenden Sitzung an vorderster Stelle abzuwickeln.

§ 17 Niederschrift

- (1) Die Gemeinde Bördeland sichert den Dienst zur Erstellung der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates durch die Bestellung eines Niederschriftführers ab.

(2) Die Niederschrift muss mindestens enthalten:

- a) Datum, Ort , Beginn und Ende der Sitzung sowie etwaige Sitzungsunterbrechungen,
- b) die Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder des Gemeinderates,
- c) Feststellung der Ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- d) die Tagesordnung,
- e) den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
- f) die Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen, bei namentlicher Abstimmung (§ 14 Abs. 5 Satz 2) ist die Entscheidung jedes Mitglieds des Gemeinderates in der Niederschrift zu vermerken.
- g) Vermerke darüber, welche Gemeinderatsmitglieder verspätet erschienen sind oder die Sitzung vorzeitig oder wegen Befangenheit vorüber gehend verlassen haben, wobei ersichtlich sein muss, an welchen Abstimmungen oder Wahlen und aus welchem Grund die Betroffenen nicht teilgenommen haben,
- h) Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates,
- i) die Angabe, ob die Beratung über die einzelnen Tagesordnungspunkte öffentlich oder nichtöffentlich stattgefunden haben,
- j) sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung (insbesondere Einwohnerfragestunden, Ordnungsmaßnahmen).

Der Vorsitzende und jedes Mitglied des Gemeinderates können verlangen, dass ihre Erklärungen wörtlich in der Niederschrift festgehalten werden. Dies ist durch Wortmeldung anzuzeigen.

- (3) Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.
- (4) Die Niederschrift ist allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie den Ortsbürgermeistern schriftlich oder elektronisch zuzuleiten. Die Beschlussausfertigungen sowie die Niederschrift über die in nicht öffentlicher Sitzung behandelten Punkte sind im geschlossenen Umschlag mit dem Vermerk „Vertraulich“ zu versenden.
- (5) Erhebt ein Mitglied des Gemeinderates gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Niederschrift Bedenken, so wird - falls die Bedenken nicht sofort ausgeräumt werden können - in der nächsten Sitzung über die Begründetheit der Bedenken und gegebenenfalls über die Änderung der Niederschrift abgestimmt. Wird durch das Ergebnis der Abstimmung den Bedenken nicht entsprochen, so ist das Mitglied des Gemeinderates berechtigt, die Aufnahme einer entsprechenden Erklärung in die Niederschrift zu verlangen.
- (6) Zur Erleichterung der Aufnahme der Niederschriften ist es dem Protokollführer gestattet, elektronische Tonaufzeichnungen zu fertigen. Nach Fertigstellung, Unterzeichnung und Genehmigung der Niederschrift sind Tonbandaufnahmen zu löschen.
- (7) Die Einsichtnahme in die beschlossenen Niederschriften der öffentlichen Sitzungen ist jedermann nach vorheriger Anmeldung während der öffentlichen Sprechzeiten der Verwaltung gestattet. Kopien können gegen Erstattung der dadurch entstehenden Kosten erworben werden

§ 18 Aufhebung und Änderung von Beschlüssen des Gemeinderates

- (1) Die Aufhebung oder Änderung eines Beschlusses des Gemeinderates kann von einem Drittel der Mitglieder oder vom Bürgermeister beantragt werden. Der Gemeinderat entscheidet hierüber frühestens in der nächsten Sitzung durch erneute Beschlussfassung.

- (2) Ein nach Abs. 1 abgelehnter Antrag kann innerhalb von sechs Monaten nur dann erneut gestellt werden, wenn sich die Sach- und/oder Rechtslage wesentlich geändert hat.
- (3) Ein Änderungs- oder Aufhebungsantrag ist unzulässig, soweit in Ausführung des Beschlusses des Gemeinderates bereits Rechtspositionen Dritter entstanden sind und diese nicht mehr aufgelöst werden können, weil dies mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist und/oder zu Schadenersatzansprüchen führen kann.

§ 19 Ordnung in den Sitzungen

- (1) Wer gegen die Ordnung verstößt, die Würde der Versammlung verletzt oder sich ungebührlich oder beleidigend äußert, wird vom Vorsitzenden des Gemeinderates zur Ordnung gerufen. Hat ein Redner in derselben Sitzung einen wiederholten Ordnungsruf erhalten und gibt er Anlass zu einem weiteren Ordnungsruf, so kann ihm der Vorsitzende das Wort entziehen, sofern er ihn bei dem vorhergehenden Ordnungsruf darauf aufmerksam gemacht hat.
- (2) Der Vorsitzende des Gemeinderates kann einen Redner, der vom Gegenstand der Beratung abkommt, zur Sache verweisen. Auf diese Verpflichtung kann jedes Mitglied des Gemeinderates den Vorsitzenden durch Zuruf hinweisen.
- (3) Redet jemand, dem das Wort nicht erteilt wurde, so muss ihm das Wort sofort entzogen werden.
- (4) Der Vorsitzende des Gemeinderates kann einen Redner, der eine festgesetzte Redezeit überschreitet, das Wort entziehen, wenn er ihn bereits auf den Ablauf der Redezeit hingewiesen hat.
- (5) Einem Redner, dem das Wort gemäß Abs. 1 entzogen wurde, darf es in derselben Sitzung zu demselben Punkt nicht wieder erteilt werden.
- (6) Mitglieder, die zur Ordnung gerufen werden, oder gegen die ein Sitzungsausschluss verhängt wird, können binnen einer Woche einen schriftlich zu begründenden Einspruch erheben. Der Einspruch ist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.
- (7) Der Vorsitzende des Gemeinderates kann ein Mitglied der Vertretung bei grober Ungebühr oder wiederholten Verstößen gegen die Ordnung aus dem Sitzungsraum verweisen. Mit dieser Anordnung ist der Verlust des Anspruches auf die auf den Sitzungstag entfallene Entschädigung verbunden. Der Gemeinderat kann ein Mitglied, das wiederholt Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Anordnungen begangen hat, durch Beschluss für höchstens 4 Sitzungen ausschließen.
- (8) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es dem Vorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann er die Sitzung unterbrechen.

§ 20 Ordnungsmaßnahmen gegenüber Zuhörern

- (1) Der Ordnungsgewalt und dem Hausrecht des Vorsitzenden des Gemeinderates unterliegen alle Personen, die sich während einer Sitzung des Gemeinderates im Sitzungssaal aufhalten.
- (2) Wer als Zuhörer durch ungebührliches Verhalten die Sitzung stört oder Ordnung und Anstand verletzt, kann auf Anordnung des Vorsitzenden aus dem Sitzungsraum verwiesen und notfalls entfernt werden, wenn er durch den Vorsitzenden vorher mindestens einmal auf die Folgen seines Verhaltens hingewiesen wurde.
- (3) Entsteht während einer Sitzung des Gemeinderates unter den Zuhörern störende Unruhe, so kann der Vorsitzende des Gemeinderates nach vorheriger Ankündigung den für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungssaales räumen lassen, wenn die störende Unruhe auf andere Weise nicht zu beseitigen ist.

- (4) Hat der Vorsitzende des Gemeinderates zu einer Sitzung vorsorglich Polizeischutz angefordert, so teilt er das zu Beginn der Sitzung dem Gemeinderat einschließlich der Gründe hierfür mit.

II. Abschnitt : Fraktionen

§ 21 Fraktionen

- (1) Die Fraktionen müssen dem Vorsitzenden des Gemeinderates von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Dabei ist auch mitzuteilen, wer zum Vorsitzenden der Fraktion bestellt wurde. Der Zusammenschluss von Mitgliedern des Gemeinderates wird mit schriftlicher Mitteilung an den Vorsitzenden des Gemeinderates wirksam. Veränderungen sind dem Vorsitzenden mitzuteilen.
- (2) Die Bezeichnung der Fraktionen richtet sich nach der Kurzbezeichnung der Parteien und Wählergruppen sowie dem Namen von Einzelbewerbern, aufgrund deren Wahlvorschlag die Fraktionsmitglieder in den Gemeinderat gewählt werden. Dabei darf jede Kurzbezeichnung einer Partei oder Wählergruppe im Gemeinderat nur einmal verwendet werden. Der Fraktionswechsel einzelner Gemeinderatsmitglieder lässt bestehende Fraktionsbezeichnungen unberührt.
- (3) Ein Mitglied des Gemeinderates kann nicht mehreren Fraktionen angehören.

III. Abschnitt: Verfahren in den Ausschüssen des Gemeinderates und der Ortschaftsräte

§ 22 Verfahren in den Ausschüssen des Gemeinderates und der Ortschaftsräte

- (1) Soweit durch Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, finden für die Ausschüsse des Gemeinderates und die Ortschaftsräte, im Weiteren „Ausschüsse“ genannt, die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entsprechend Anwendung.
- (2) Die Tagesordnung und die Niederschrift zu den Sitzungen beschließender und beratender Ausschüsse sind allen Ausschussmitgliedern und zusätzlich den übrigen Mitgliedern des Gemeinderates zuzuleiten
- (3) Mitglieder des Gemeinderates, die dem Ausschuss nicht angehören, aber einen Antrag gestellt haben, über den in der Ausschusssitzung beraten oder beschlossen wird, erhalten fristgerecht eine Einladung nach § 43 Abs. 4 KVG LSA zu dieser Sitzung sowie die den Antrag betreffende Sitzungsvorlage.
- (4) Die Ausschüsse können beschließen, zu einzelnen Punkten ihrer Tagesordnung in den Sitzungen Sachverständige und Einwohner zu hören. Diese haben bei nichtöffentlichen Sitzungen den Sitzungsraum zu verlassen, bevor in der Angelegenheit diskutiert wird, zu der sie gehört werden sollen.
- (5) Die Sitzungen der Ausschüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten. Verantwortlich für die Niederschrift ist der Ausschussvorsitzende. Die Niederschriftführung erfolgt gemäß § 17 und sollte spätestens bis zur darauffolgenden Gemeinderatssitzung vorgelegt werden, es sei denn, dass eine erneute Ausschusssitzung vor der nächsten Gemeinderatssitzung stattfindet. Den Ortschaftsräten sollte die Niederschrift innerhalb von 4 Wochen zugestellt werden.
- (6) Durch den Bürgermeister bzw. einem von ihm Beauftragten Vertreter der Gemeinde Bördeland ist der Gemeinderat über gefasste Beschlüsse in der nächsten Gemeinderatssitzung zu informieren.

IV. Abschnitt : Unterrichtung der Öffentlichkeit und Presse

§ 23 Unterrichtung der Öffentlichkeit und Presse

Die Öffentlichkeit wird über die Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderates sowie seiner Ausschüsse über den wesentlichen Inhalt der von ihm gefassten Beschlüsse im Rahmen der öffentlichen Bekanntmachungen gemäß Hauptsatzung unterrichtet. Die Unterrichtung der Presse obliegt dem Bürgermeister in eigener Entscheidung.

V. Abschnitt : Schlussvorschriften, Inkrafttreten

§ 24 Auslegung der Geschäftsordnung

Bei Zweifeln über Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende des Gemeinderates. Erhebt sich gegen seine Entscheidung Widerspruch, so entscheidet der Gemeinderat mit der Mehrheit der auf ja oder nein lautenden Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist der Widerspruch zurückgewiesen.

§ 25 Abweichungen von der Geschäftsordnung

Von den Vorschriften dieser Geschäftsordnung kann nur im Einzelfall und nur dann abgewichen werden, wenn gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen und kein Mitglied des Gemeinderates widerspricht.

§ 26 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 27 Inkrafttreten/Außerkräftreten

Die Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung des Gemeinderates am 03.07.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 28.05.2015 außer Kraft.

Bördeland, den 03.07.2019

Vorsitzender des Gemeinderates

Bekanntmachung zur Hauptsatzung der Gemeinde Bördeland

Auf der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland beschloss der Gemeinderat die Hauptsatzung der Gemeinde Bördeland.

Gem. § 10 Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) gebe ich hiermit folgende Regelungen bekannt:

§ 5

Ausschüsse des Gemeinderates

- (1) Der Gemeinderat der Gemeinde Bördeland bildet zur Erfüllung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse

als beschließenden Ausschuss
- den Haushaltsausschuss

- (2) Der Gemeinderat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben zeitweilige beratende Ausschüsse gemäß § 46 Abs.1 KVG LSA bilden. Vorsitzender eines zeitweiligen beratenden

Ausschusses ist ein ehrenamtliches Mitglied des Gemeinderates gemäß § 49 Abs.2 KVG LSA.

§ 6

Beschließende Ausschüsse

- (1) Der Haushaltsausschuss besteht aus 8 Gemeinderäten und dem stimmberechtigten Bürgermeister als Vorsitzenden.

Der Ausschuss bestimmt aus den Reihen der ehrenamtlichen Mitglieder einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Ausschuss berät die Beschlüsse des Gemeinderates zu § 45 Abs. 2 Ziffer 4 und 5 KVG LSA vor und entscheidet über die Aufgaben nachfolgender Ziffern 1 - 9:

1. über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 105 Abs. 1 Satz 3 KVG LSA und über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen ab 10.000 € bis unter 20.000 € im Einzelfall,
2. Rechtsgeschäfte i. S. von § 45 Abs. 2 Ziffer 7 KVG LSA ab 10.000 € bis unter 20.000 €,
3. Rechtsgeschäfte i. S. von § 45 Abs. 2 Ziffer 10 KVG LSA ab 10.000 € bis unter 20.000 €,
4. die Vergabe von Leistungen nach VgV, VOB, VOL, HOAI und die Vergabe von freiberuflichen Leistungen ab einem Vermögenswert von 25.000 € bis unter 50.000 €, unter Beachtung des § 14 Abs. 2 Ziffern 1, 2, 5 und 7 dieser Satzung.
5. Rechtsgeschäfte i. S. d. § 45 Abs. 2 Ziffer 13 KVG LSA aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung mit einem Vermögenswert ab 5.000 € bis unter 10.000 €,
6. Rechtsgeschäfte i. S. des § 45 Abs. 2 Ziffer 16 KVG LSA für einen Vermögenswert ab 5.000 € bis unter 10.000 €,
7. die Führung von Rechtsstreitigkeiten i. S. v. § 45 Abs. 2 Ziffer 19 KVG LSA für einen Streitwert im Einzelfall ab 5.000 € bis unter 10.000 €,
8. die Niederschlagung, Erlass und Stundung von einzelnen Ansprüchen der Gemeinde in einer Höhe ab 5.000 € bis unter 10.000 € Vermögenswert.

- (2) Ein Viertel der Mitglieder eines beschließenden Ausschusses kann dem Gemeinderat eine Angelegenheit zur Beschlussfassung unterbreiten.

Diese Regelungen treten am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bördeland, den 03.07.2019


B. Nimmich
Bürgermeister

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Bördeland für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund des § 100 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung des Artikels 1 des Kommunalrechtsreformgesetzes vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), in der derzeit gültigen Fassung, hat die Gemeinde die folgende, vom Gemeinderat in der Sitzung am 23.05.2019 beschlossene Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im **Ergebnisplan** mit dem

a) Gesamtbetrag der Erträge auf	12.485.400 Euro
b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	11.542.100 Euro

2. im **Finanzplan** mit dem

a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	12.358.300 Euro
b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.017.500 Euro
c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	703.700 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	1.131.200 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	400.000 Euro
f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	564.900 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 400.000,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigung), wird auf 1.177.500 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wird auf 6.328.700 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern sind in der Satzung zur Festsetzung der Hebesätze vom 11.12.2014

(Gemeinderatsbeschluss Nr. 01 – 06/2014) festgesetzt.

§ 6

Für den unverzüglichen Erlass einer Nachtragssatzung gemäß § 103 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG-LSA) gelten folgende Wertgrenzen:

1. Erheblich im Sinne des § 103 Abs. 2 Ziffer 1 KVG LSA ist ein Fehlbetrag, der 3 v.H. der ordentlichen Aufwendungen überschreitet.
2. Erheblich im Sinne des § 103 Abs. 2 Ziffer 2 KVG LSA sind Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen, wenn sie im Einzelfall 3 v.H. des Ergebnishaushaltsvolumens oder des Finanzhaushaltsvolumens übersteigen.
3. Erheblich im Sinne des § 103 Abs. 3 Ziffer 3 KVG LSA sind Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, wenn ihre voraussichtliche Höhe mehr als 5 v.H. der Summe aller Auszahlungen für Investitionstätigkeit beträgt.
4. Erheblich im Sinne des § 103 Abs. 3 Ziffer 4 KVG LSA ist eine Vermehrung oder Hebung von Stellen ab 5 v.H. der im Stellenplan des laufenden Haushaltsjahres ausgewiesenen Planstellen.

§ 7

Die Wertgrenzen für die Veranschlagung einzelner Investitionsmaßnahmen gemäß § 4 Abs. 4 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) wird für

- Baumaßnahmen
- den Erwerb von Sachanlagen

auf je 10.000 Euro festgesetzt.

Bei Investitionen unterhalb der genannten Wertgrenzen sind Einzahlungen und Auszahlungen zusammengefasst zu veranschlagen.

Börde/land, 03.07.2019


B. Nimmich
Bürgermeister



Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2019

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Haushaltssatzung tritt damit am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt vom **08.07.2019 – 16.07.2019** zur Einsichtnahme in der Gemeinde Börde/land, OT Biere, Magdeburger Str. 3 in 39221 Börde/land, Bereich Finanzen während folgender Dienstzeiten:

Montag: 7:00 – 12:00 und 13:00 – 16:00 Uhr
Dienstag: 7:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr
Mittwoch: 7:00 – 12:00 und 13:00 – 15:00 Uhr
Donnerstag: 7:00 – 12:00 und 13:00 – 17:00 Uhr
Freitag: 7:00 – 12:15 Uhr

zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Auf die Bestimmungen des § 102 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) wird verwiesen.

Die Haushaltssatzung nebst Anlagen wurde dem Salzlandkreis zur Rechtskontrolle vorgelegt. Mit Schreiben

vom 03.07.2019 (Aktenzeichen 20-10 21 01) der Kommunalaufsichtsbehörde des Salzlandkreises Bernburg ergingen folgende Entscheidungen:

1. Von einer Beanstandung des Beschlusses des Gemeinderates der Gemeinde Bördeland Nr. 04-03/2019 vom 23.05.2019 zur Haushaltssatzung 2019 nebst Anlagen und des Beschlusses Nr. 03-03/2019 zum Haushaltskonsolidierungskonzept für das Jahr 2019 wird abgesehen.
2. Die Genehmigung des gemäß § 2 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird in Höhe von 400.000 EUR uneingeschränkt erteilt.
3. Die Genehmigung des gemäß § 3 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen wird in Höhe von 1.177.500 EUR uneingeschränkt erteilt.
4. Die Genehmigung des gemäß § 4 der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrages der Liquiditätskredite wird in Höhe von 6.328.700 EUR uneingeschränkt erteilt.

Bördeland, 03.07.2019


Bernd Nimmich
Bürgermeister



Bekanntmachung

Höchstspannungsleitung Wolmirstedt –Isar, SuedOstLink, Vorhaben 5, Abschnitt A (Wolmirstedt – Raum Naumburg/Eisenberg)

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die Vorhabenträger 50Hertz Transmission GmbH und TenneT TSO GmbH planen den Neubau einer Gleichstromverbindung zwischen den Netzverknüpfungspunkten Wolmirstedt und Isar bei Landshut in Bayern, vorrangig als Erdkabel. Es handelt sich dabei um das Vorhaben 5 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG), für das die Bundesnetzagentur die Bundesfachplanungsverfahren durchführt.

Am 08.03.2017 haben die Vorhabenträger einen Antrag auf Durchführung des Bundesfachplanungsverfahrens gemäß § 6 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) für den oben genannten Planungsabschnitt bei der Bundesnetzagentur gestellt. Ziel der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raum- und umweltverträglichen Trassenkorridors, innerhalb dessen im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren der konkrete Verlauf der Leitungstrasse bestimmt wird.

Mit Schreiben vom 12.06.2019 hat die Bundesnetzagentur im Rahmen der Bundesfachplanung die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 9 NABEG eingeleitet und fordert die Träger öffentlicher Belange auf, ihre Stellungnahme und Einwendungen bis zum **19.08.2019** abzugeben.

Ich möchte Ihnen daher die Möglichkeit einräumen, sich

am Dienstag, den 06.08.2019 von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

**im Ortsteil Biere, Magdeburger Straße 3
großer Sitzungssaal, 39221 Bördeland**

zum geplanten Vorhaben zu informieren und Ihre Stellungnahmen und Einwendungen abzugeben.

Bei Interesse können Sie bereits im Vorfeld die vorliegenden Antragsunterlagen auf der Seite der Bundesnetzagentur unter

www.netzausbau.de/beteiligung5-a

einsehen.

Die Antragsunterlagen liegen zudem im Zeitraum vom 19.06.2019 bis zum 18.07.2019 an den folgenden regionalen Auslegungsstellen zur Einsichtnahme öffentlich aus:

Magdeburg Bundesnetzagentur, Kaiser-Otto-Ring 16, 39106 Magdeburg
Bernburg Stadt Bernburg, Schlossgartenstr. 16, 06406 Bernburg (Saale)

gez.

Bernd Nimmich
Bürgermeister

Information des Ordnungsamtes

Fundsache – Schlüssel

Am Wochenende 15./16.06.2019 wurde in Biere, Festplatz (vom Heimatfest) ein kl. Schlüssel mit schw. Gurt u. div. Anhängern aufgefunden.

Dies wird im Fundbüro des Ordnungsamtes aufbewahrt und kann vom Eigentümer (nähere Beschreibung erforderlich) abgeholt werden.

Fundsache – Schlüsseltasche schw.

Am 18.06.2019 wurde in Biere, Gartenstr./Ecke Durchgang eine schw. Schlüsseltasche mit teils farbigen Schlüsseln aufgefunden.

Diese wird im Fundbüro des Ordnungsamtes aufbewahrt und kann vom Eigentümer (nähere Beschreibung erforderlich) abgeholt werden.